Kreisstadt Merzig

Öffentliche Niederschrift

Sitzung des Stadtrates

Sitzungstermin:	Donnerstag, 09.12.2021
Sitzungsbeginn:	17:30 Uhr
Sitzungsende:	19:32 Uhr
Ort, Raum:	Videokonferenz

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

	Eröffnung der Sitzung	
1	Einwohnerfragestunde	
2	Benennung von jeweils einem Mitglied für Ausschüsse, einen Aufsichtsrat und den Präventionsbeirat durch die CDU-Stadtratsfraktion	2021/1266
3	Änderung der Richtlinien zur Gewährung einer Zuwendung zur Entsorgung von Windeln in der Kreisstadt Merzig "Merziger Windelgutschein"	2021/1204
4	"Lokal - regional - bio - Merzig handelt fair" Re-Zertifizierung der Fairtrade-Stadt Merzig zum 24.04.2022	2021/1205
5	Vereinbarung zwischen der Kreisstadt Merzig und der Arnold Circus Productions GmbH für 2022	2021/1259

6	„Beratungen zum Programm „Stadtteilbudget zur Stärkung der Stadtteile “	2021/1215
6.1	„Beratungen zum Programm „Stadtteilbudget zur Stärkung der Stadtteile “	2021/1215-001
7	Betrieb für innerörtliche Abwasserentsorgung	
7.1	Bestellung des Abschlussprüfers für den Jahresabschluss 2021 des Betriebes für innerörtliche Abwasserentsorgung der Kreisstadt Merzig	2021/1246
7.2	Aufstellung des Wirtschaftsplanes für das Wirtschaftsjahr 2022 des Betriebes für innerörtliche Abwasserentsorgung	2021/1247
8	Betrieb für örtliche Abfallentsorgung	
8.1	Änderung der Abfallgebührensatzung	2021/1269
8.2	Aufstellung des Wirtschaftsplanes für das Wirtschaftsjahr 2022	2021/1270
9	Wasserversorgung; Antrag der Fraktion Die LINKE	2021/1283
10	Anpassung Radverkehrskonzept der Stadt Merzig; Antrag B90/Die Grünen vom 18.10.2021	2021/1240
11	Mitteilungen, Anfragen und Anregungen	

Protokoll

Öffentlicher Teil

Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass form- und fristgerecht geladen wurde. Das Gremium ist beschlussfähig versammelt.

1 Einwohnerfragestunde

Es liegen keine schriftlichen Anfragen vor. Auch aus den Reihen der Zuhörer ergeben sich keine Wortmeldungen.

2 Benennung von jeweils einem Mitglied für Ausschüsse, einen Aufsichtsrat und den Präventionsbeirat durch die CDU-Stadtratsfraktion

2021/1266
zur Kenntnis genommen

Die CDU-Fraktion benennt Carsten Weber, der für Stefan Dorbach zum 1.1.2022 in den Stadtrat nachrückt, als Nachfolger für die folgenden Gremien: Hauptausschuss, Ausschuss für Klima, Umwelt, Stadt- und Stadtteilentwicklung, Rechnungsprüfungsausschuss und Aufsichtsrat der Merziger Bäder GmbH. Als Nachfolger für Stefan Dorbach im Präventionsbeirat (als Vertreter für Alexander Boos) benennt die CDU-Fraktion Thomas Klein.

3 Änderung der Richtlinien zur Gewährung einer Zuwendung zur Entsorgung von Windeln in der Kreisstadt Merzig "Merziger Windelgutschein"

2021/1204
ungeändert beschlossen

Stadtratsmitglied Boos (CDU) sieht es als positiv an, dass der Windelgutschein entbürokratisiert werde. Die bisherige Form der Antragstellung über den Familienpass sei vielen Bürgerinnen und Bürgern zu viel Aufwand gewesen und habe sie teilweise auch überfordert. Gerade die Gruppe, die von der Unterstützung am meisten profitieren sollte, sei durch das alte System überproportional geschmälert worden. Mit der jetzigen Vorlage gestalte man die Unterstützung einfacher, der Verwaltungsaufwand werde deutlich reduziert, und alle Familien mit Neugeborenen erhielten eine Unterstützung.

Stadtratsmitglied D'Auria (SPD) betont, zur Vereinfachung der Unterstützung sei eine Abkopplung vom Familienpass notwendig gewesen. Es sei wichtig, junge Familien gerade in den ersten Jahren nach der Geburt des Kindes weiterhin zu unterstützen. Man habe einen tragfähigen Kompromiss gefunden, einerseits um die Verwaltung zu entlasten, andererseits um

das Antragsverfahren für die Betroffenen einfacher zu machen. Direkt bei der Anmeldung eines Neugeborenen könnten Eltern durch Mitteilung ihrer Bankdaten die Vorteile des Windelgutscheins nutzen. Sie erhielten sofort eine Überweisung. Ähnlich laufe es bei Zugezogenen mit Kindern unter 3 Jahren. Es sei gut, dass der Windelgutschein erhalten bleibe.

Fraktionsvorsitzender Borger (Grüne) unterstreicht die Aussagen der Vorredner: Es gehe darum, dass die Familien weiter profitieren sollten und die Veraltung bei der Abwicklung in Zukunft weniger Aufwand habe.

Stadtratsmitglied Spanier (DIE LINKE) bestätigt, dass der Aufwand zur Beantragung für die Familien sehr hoch gewesen sei. Vor allem durch die Kopplung an den Familienpass habe man zunächst diesen beantragen müssen, danach dann den Windelgutschein. Das habe man jedes Jahr neu machen müssen. Daher sei es gut, dass es nun für die Familien deutlich einfacher sei.

Stadtratsmitglied Weiten (Grüne) fragt nach dem Vorgehen für das Thema Inkontinenz.

Fachbereichsleiterin Wagner erklärt, es sei bisher diesbezüglich keine Änderung geplant. Als Bestätigung werde ein Attest benötigt. Im Gegensatz zur Geburt eines Kindes, die gemeldet werde, funktioniere die Vereinfachung beim Thema Inkontinenz nicht. Es bleibe da bei einem Antrag und einem Attest, das alle 2 Jahre bestätigt werden müsse. Weiter gebe es keine Möglichkeit der Vereinfachung für diese Gutscheinform.

Stadtratsmitglied Schuh (Freie Wähler Merzig/FDP) bestätigt die Wichtigkeit dieser Vereinfachung.

Beschluss:
Der Stadtrat beschließt die Änderung der Richtlinien zur Gewährung einer Zuwendung zur Entsorgung von Windeln in der Kreisstadt Merzig zum 01.01.2022.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
34	0	0

---

4 **"Lokal - regional - bio - Merzig handelt fair"**
Re-Zertifizierung der Fairtrade-Stadt Merzig zum 24.04.2022

2021/1205
ungeändert beschlossen

Fraktionsvorsitzender Borger (Grüne) befürwortet es, dass dieses Thema weiterentwickelt werde. Es gehe auf einen Grünen-Antrag zurück, der vor Jahren gestellt worden sei. Es sei ein gutes Signal in die Gesellschaft, dass die Stadtverwaltung vorbildlich handle.

Beschluss:

Es wird beschlossen, die Re-Zertifizierung erneut anzustreben, weitere städtische Kindertageseinrichtungen und Merziger Schulen für die Fairtrade-Initiative zu gewinnen und weiterhin bei der Bewirtung innerhalb des Rathauses mindestens 2 Fairtrade-Produkte, wie fair gehandelten Kaffee, Zucker oder Säfte, zu verwenden. Wann immer es geht und es sich in einem angemessenen finanziellen Rahmen bewegt, sollen lokal - regional - bio und fair erzeugte Produkte den Vorrang bei der kommunalen Beschaffung erhalten. Zudem wird die Fairtrade-Kampagne der Kreisstadt Merzig auf das Thema Lebensmittelrettung/Foodsharing ausgeweitet.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
34	0	0

---

5 **Vereinbarung zwischen der Kreisstadt Merzig und der Arnold Circus Productions GmbH für 2022** **2021/1259**
ungeändert beschlossen

Fraktionsvorsitzender Hackenberger (DIE LINKE) bekräftigt, dass man parteiübergreifend dafür sei, dass die Stadt Merzig die Kultur unterstütze. Seitens der LINKEN sehe man jedoch die Vertragsgestaltung und den Zuschuss als fragwürdig und risikobehaftet an. Erstens stehe explizit in der Vereinbarung, die Stadt erhalte keine verbrauchbaren Vorteile. Das erinnere ihn an Themen, wie Unterstützung von Firmen mit mehreren Mio. Euro, ohne sich bei erfolgreicher Forschung an Impfstoffen selbst die Impfstoffe zu sichern. Er würde sich das Recht als Stadt Merzig vorbehalten. So könne er sich beispielsweise die unentgeltliche Nutzung des Zeltpalastes für Jugend- und Kinderveranstaltungen der Stadt Merzig oder Veranstaltungen der Stadtbücherei vorstellen. Schließe man dies explizit aus, könne die Fraktion DIE LINKE dies nicht unterstützen. Zweitens solle es sich um einen echten und nicht steuerbaren Zuschuss handeln. Er frage, wie man sicherstellen wolle, dass damit nicht Konkurrenzveranstaltungen subventioniert würden und das Geld nicht für andere Bereiche verwendet werde. Drittens sei keine vertragliche Regelung für eine Nichterfüllung aufgeführt, sei es durch den Veranstalter verursacht oder von außen. Viertens sehe man keine Absicherung bei einem finanziellen Ausfall, bei einer Nichterfüllung durch eine Bankbürgschaft. Prinzipiell unterstütze man die Zusammenarbeit mit der Firma. Aber die Vertragsgestaltung sollte geändert werden.

Fraktionsvorsitzender Borger (Grüne) führt aus, man habe immer die Kulturtreibenden in der Stadt unterstützt, ob es die Villa Fuchs oder der Zeltpalast sei. Man habe durchaus, auch da es sich um einen großen finanziellen Aufwand handelte, immer wieder hinterfragt, was im Zeltpalast passiere, was Musik & Theater gemacht habe. Jetzt habe man die Trennung von der Zeltpalast Merzig Betriebs GmbH und der Arnold Circus Productions GmbH, ohne zu wissen, wer was genau mache. Unabhängig von der späteren Entscheidung der Grünen wäre es sicherlich gut, wenn man den Stadtratsmitgliedern aufzeige, was die beiden GmbHs beinhalteten, betont Herr Borger. Bisher habe man einen Kooperationsvertrag gehabt, der sehr deutlich Rechte und Pflichten geregelt habe. Heute habe man auf einer Seite eine sehr allgemeine Vereinbarung, in der sehr oft „soll“ geschrieben stehe. Man habe im Gegensatz zu

anderen Vereinbarungen in der Vergangenheit, wenn man über Zuschüsse für die Villa Fuchs gesprochen habe, ein Programm gehabt, das dezidiert geplant gewesen sei. Das solle nun bis zum 31.03.2022 zur Verfügung gestellt werden. Man fasse also heute einen Beschluss nur über eine Summe, nicht über ein Programm. Es solle zudem in einem Kulturausschuss beraten werden. Diesen habe man aber nicht. Man habe nur einen Ausschuss, in dem das Thema Kultur mitberaten werde. Da es für die Stadt Merzig finanziell eine große Summe sei, wolle sich die Grünen-Fraktion enthalten. Wenn das Programm im März vorliege, wolle man gerne beantragen, dass dieses auch dem Stadtrat vorgestellt werde und nicht in einem Kulturausschuss. Liege das Programm dann vor, werde man die Angelegenheit sehr wohlwollend prüfen und unterstützen.

Der Vorsitzende geht auf das Gesagte ein und erklärt, es sei richtig, dass die Formulierung „soll“ in einigen Passagen stehe. Aber in den entscheidenden Passagen stehe nicht „soll“, sondern genau, was gemacht werden solle. Er zitiert beispielhaft aus der Vereinbarung zum Programm der Arnold Circus Productions GmbH: „Im Jahr 2022 wird dies aus mindestens 22 einzelnen und unterschiedlichen Veranstaltungen im Zeltpalast bestehen“. Die Anzahl sei ganz klar fixiert und nicht als Soll-Größe genannt. Bisher sei es auch bei anderen Kulturtreibenden in Merzig, mit denen man sehr gute Erfahrungen gemacht habe und sehr gut zusammenarbeite, so gewesen, dass das Programm immer im Fachausschuss vorgestellt wurde, im Ausschuss für Bildung, Sport und Kultur. Genauso sei es hier vorgesehen. Dennoch könne man gerne das Programm auch im Stadtrat vorstellen. Auch bezüglich der Programmvorstellungen sei es im Bereich der Kultur anders. Es sei auch bei anderen Kulturtreibenden so gewesen, dass man durchgeführte Programme erst später genehmige. Oftmals sei es erforderlich, Verträge bereits abzuschließen, bevor der Programmpunkt im Ausschuss beschlossen werden könne. Das Recht auf dieses Verfahren habe man bisher allen eingeräumt. Das habe immer gut funktioniert. Viele Punkte, die im Vorfeld bereits seitens der Ausschussmitglieder und Mitglieder des Stadtrates angemerkt wurden, habe die Verwaltung einzubinden versucht, insbesondere bezüglich des breiteren Angebotes. Somit könne man ein breiteres Publikum ansprechen.

Stadtratsmitglied Schuh (Freie Wähler Merzig/FDP) betont, man begrüße die Ausweitung des Programms und auch den Vertrag. Es sei gut, dass die Laufzeit ein Jahr betrage. So könne man aus den Erfahrungen lernen, gegebenenfalls für die Weiterführung des Vertrages über ein Jahr hinaus. Zudem habe Herr Arnold in der Vergangenheit nicht enttäuscht.

Beschluss:
Die Vereinbarung zwischen der Kreisstadt Merzig und der Arnold Circus Productions GmbH wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
29	2	4

6	**„Beratungen zum Programm „Stadtteilbudget zur Stärkung der Stadtteile “**	**2021/1215** ungeändert beschlossen

6.1	**„Beratungen zum Programm „Stadtteilbudget zur Stärkung der Stadtteile “**	**2021/1215-001** ungeändert beschlossen

Fraktionsvorsitzender Auweiler (CDU) erklärt, der Antrag sei eine sehr gute Ergänzung des 6-Säulen-Modells. Er hoffe, dass das im Haushalt eingestellte Geld nun auch bald für kleinere Projekte genutzt werden könne. Habe man größere Projekte, was man in der Folgewoche im Stadtrat sehen werde, so liefen diese über den Haushalt mit den Zuschüssen von den verschiedenen Stellen. Wie im Hauptausschuss diskutiert, könnten auch die größeren eingereichten Projekte durch verschiedene Möglichkeiten zur Verwirklichung kommen. Man dürfe dies nicht beispielsweise mit dem integrierten Dorfentwicklungskonzept verwechseln. Dabei würden über Jahre die darin entwickelten Ideen und Beschlüsse umgesetzt. Mit dem Stadtteilbudget wolle man hoffentlich mit allen Fraktionen zeitnah kleinere Projekte in den Ortschaften umsetzen. Man habe versprochen, alle Ortsteile zu beteiligen. Innerhalb der drei vorgesehenen Jahre sollten alle Ortsteile mit ihren Anträgen, sofern sie mit den selbst gegebenen Richtlinien übereinstimmten, Berücksichtigung finden. Man wolle einen fairen, sachlichen Wettbewerb im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten. Hierbei müssten die Punkte aus den Ortsräten kommen. Die Anträge sollten nicht durch Einzelne in den Gremien verändert werden. Es habe einen einstimmigen Beschluss im Hauptausschuss gegeben. Was dort erarbeitet worden sei, sei Inhalt der Verwaltungsvorlage. Die übrigen Gelder für dieses Jahr gingen nicht verloren. §19 der kommunalen Haushaltsverordnung sehe auch vor, dass die Gelder ins nächste Jahr übertragen werden.

Stadtratsmitglied Klein (SPD) lobt das Projekt, da es geeignet sei, die Stadtteile zu stärken. Der SPD-Fraktion sei wichtig, dass die Ortsräte von Beginn an umfassend in den Prozess eingebunden worden seien und eingebunden würden. Man gehe davon aus, dass in den kommenden beiden Jahren verstärkt Anträge eingereicht würden. Unter dem Titel „Stärkung der Ortsteile“ sehe die SPD-Fraktion Möglichkeiten, das Projekt eventuell gemeinsam zu verlängern, beispielsweise durch eine finanzielle oder strukturelle Aufstockung.

Fraktionsvorsitzender Borger (Grüne) erinnert daran, dass man seinerzeit einen etwas höheren Betrag, 75.000 Euro, beantragt habe. Dies hätte etwas mehr Spielraum ermöglicht. Man sei dann aber der Mehrheit gefolgt und habe für die 50.000 Euro gestimmt. Was der Grünen-Fraktion Sorge bereite, sei die Tatsache, dass Hilbringen als großer Stadtteil in vielen Belangen ganz weit hintenanstehe – insbesondere beim Thema Dorfentwicklungskonzept. Unabhängig davon, welche Möglichkeiten ein Dorfentwicklungskonzept oder das aktuelle Projekt böten, sei es ein Signal an die Bevölkerung - ob Hilbringen auch in der Entwicklung vorankomme oder nicht. Er stellt richtig, dass nicht mehrere Anträge aus Hilbringen gestellt worden seien, sondern ein Antrag mit 3 Teilanträgen. Dieser sei aufsummiert worden und es hieße, es sei viel zu teuer. Das sei nicht leistbar. Man habe im Ausschuss beantragt, und er wolle dies nun auch beantragen, dass die Stadt Merzig für die Hilbringer Projekte einen Zuschuss bzw. Fördergelder beantrage; und dass zweitens der Restbetrag von knapp 7.500 Euro dieses Jahr als möglicher Eigenanteil für den Antrag aus Hilbringen gesehen werden solle.

Bei einer intern in Aussicht gestellten Förderung von 80% bis 90% - vorausgesetzt, das Land bewillige die Förderung. Es ginge ja um den Restbetrag von 7.500 Euro, die dieses Jahr nicht abgerufen worden seien. Man müsse daher nicht im kommenden Jahr mehr Geld verausgaben, um den jetzigen Antrag des Hilbringer Ortsrates zu berücksichtigen.

Der Vorsitzende betont, dass die Verwaltung im Hauptausschuss sehr umfangreich über diesen Punkt informiert und man sich detailliert ausgetauscht habe. Er wünsche sich, dass das ein gutes Projekt für alle 17 Stadtteile sei. Der Antrag aus Hilbringen sei höher gewesen als das Budget für das gesamte Projekt. Es habe von Hilbringen keine Projektvorlage gegeben, so wie sie von anderen Ortsteilen eingereicht worden sei. Herr Bies und er hätten auch im Hauptausschuss zugesagt, dass man sich gerne um das Projekt kümmern werde und dieses in den nächsten Wochen entsprechend aufstelle, gemeinsam mit dem Ortsrat. Zudem werde man sich dann um Zuschussgelder bemühen. Solange man keine Projektevorlage habe, werde man auch keine Zustimmung für eine Förderung seitens des Landes erhalten. Er wolle darum bitten, dass alle Stadtteile gleichbehandelt würden. Auch andere Stadtteile hätten noch keine Anträge eingereicht, da sie noch nicht so weit seien und zunächst die Projektvorlage ausarbeiten wollten. Er sage zu, alle Stadtteile gleich zu behandeln. Wenn im nächsten Jahr wieder Gelder verteilt würden, könne der Antrag von Hilbringen dabei sein. Voraussetzung sei, dass er solide durchgerechnet sei. Das, was Herr Borger soeben beantragt habe, mache die Verwaltung ohnehin. Sollten im nächsten Jahr Anträge in Höhe von 150.000 Euro eingereicht werden, müssten alle genau geprüft werden und der Hauptausschuss entscheide dann, welche Anträge bewilligt würden.

Ressortleiter Bies ergänzt, es seien rein rechnerisch 7.500 Euro, die hier als Restbudget genannt worden seien. Tatsächlich stellten die vorgelegten Zahlen nur eine grobe Kostenschätzung der Einzelprojekte dar. Sicherlich werde man Schwankungen in den Zahlen haben, so dass die Endsumme dessen, was an Budget übrigbleibe, noch nicht beziffert werden könne. Es könnte sowohl mehr, als auch weniger sein. Daher habe man es im Beschlussvorschlag so formuliert, dass nicht die 7.500 Euro, die rechnerisch übrig seien, übertragen werden, sondern die tatsächlichen Kosten, die nach Abschluss der Maßnahmen übrig seien. Gewisse Leistungen müssten ausgeschrieben werden, sodass es sicherlich Verschiebungen in den einzelnen Positionen gebe.

Stadtratsmitglied Schuh (Freie Wähler Merzig/FDP) bestätigt, er habe keinen Zweifel an der Sinnhaftigkeit aller genannten Projekte. Es befremde ihn jedoch, dass Projekte angemeldet worden seien, die das gesamte Budget von 50.000 Euro überschritten. Er habe nichts dagegen, dass man diese Projekte angehe, wolle jedoch wissen, wie diese finanziert werden sollen.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass die Frage der Finanzierung in der Vorlage zu Punkt 6.1 beantwortet werde. Diese habe man zur Verfügung gestellt, da genau diese Fragen auch im Hauptausschuss gestellt worden seien. Über die in der Vorlage dargestellten Projekte gelte es heute zu entscheiden. Die übrigen Projekte seien nicht zu finanzieren. Für Hilbringen, wie für alle anderen, habe man die Zusage gemacht, dass man sich um die Zuschüsse kümmere. Sollte es einen positiven Förderbescheid geben, könnten diese dann mit zusätzlichen Geldern der Stadt auch finanziert werden.

Fraktionsvorsitzender Hackenberger (DIE LINKE) befindet das Projekt als gut, aber die Wortbeiträge der ersten beiden Redner als übertrieben. „Stärkung der Ortsteile“, „Ein großer Tag für die Ortsteile“, „Ein guter Tag für Merzig“. Man müsse sich anschauen, worüber man rede. Schwemlingen bekomme 4 Parkbänke, ein anderer Ort bekomme ein paar Schilder. Das sei alles ganz nett. Doch dies als einen großen Tag zu bezeichnen oder eine Stärkung der Ortsteile, das passe nicht. Dazu müsste man ganz andere Summen in die Hand nehmen. Es müsse wesentlich mehr seitens des Stadtrats und der Verwaltung unternommen werden. Die einzigen Projekte, die man als Stärkung bezeichnen könne, seien das Anlegen eines Bouleplatzes oder die historische Bühne.

Stadtratsmitglied Dorbach (CDU) entgegnet, er sehe es als großen Schritt für alle Stadtteile. Man spreche als Stadtrat für alle Stadtteile, nicht für einzelne. Natürlich habe er als Ortsvorsteher ein besonderes Bedürfnis, sich für Hilbringen einzusetzen. Aber aufgeschoben, sei hier nicht aufgehoben. Er hoffe, dass das vorgeschlagene Projekt über Fördermittel eine Finanzierungsmöglichkeit finden könne. Im Zweifelsfall solle man lieber ein ausgearbeitetes Projekt an den Start bringen, als es vorzeitig anzugehen ohne fertige Ausarbeitung. Er sehe Hilbringen daher nicht als zurückgestellt an. Er bitte darum, die Fördermöglichkeiten zu prüfen und hoffe, dass das Projekt innerhalb der nächsten drei Jahre dargestellt werden könne. Den Vorwurf, Hilbringen habe mit dem Projekt das gesamte Budget gesprengt, sehe er nicht. Erstens habe man keine Expertise gehabt, was ein solches Vorhaben tatsächlich koste. Zweitens hoffe man, den Großteil der Kosten über Fördermittel finanziert zu bekommen. Drittens spekuliere man nun auf die Unterstützung der Verwaltung, damit man das Projekt, wie vorgeschlagen umsetzen könne. Es sei ein sehr wichtiges Projekt für Hilbringen.

Stadtratsmitglied Weiten (Grüne) schließt sich den Ausführungen der Herren Borger und Dorbach an. Er wundere sich jedoch über die Darstellung. Er fragt, ob zu den übrigen beantragten Projekten überhaupt ein Ansatz gemacht worden sei, um mögliche Fördermittel anzufragen oder zu beantragen. Die 50.000 Euro sehe er als Eigenanteil der Stadt zur Unterstützung der Dörfer. Diese 50.000 Euro hätte man auch durch andere Summen fakturieren können. Das habe er als Grund gesehen, das Hilbringer Projekt mit 60.000 Euro zu melden. Es sei im Hauptausschuss gesagt worden, der Aufwand für Zuschüsse bzw. die Anfragen dazu seien zu groß. Man habe Anträge mit dem niedrigsten Betrag von 7.000 Euro gestellt für Zuschüsse. Man habe einige Projekte, die sehr schön und gut seien bei den 60.000 Euro, die bis zu 90% bezuschusst würden. Er sehe es daher nicht so wie dargestellt, dass die 50.000 Euro absolut seien und es keine Möglichkeiten der Förderung für diese eingereichten Projekte gebe. Das sei nie so dargestellt worden. Das von Hilbringen angesetzte Budget habe einen ziemlich großen Umfang. Gehe man von einer 90%igen Förderung aus, sei es ein Eigenanteil von 6.000 Euro. Man habe leider keine Architekten und Ingenieure im Rat. Daher sei man dort als Laien etwas überfordert gewesen. Es sei von Anfang an gesagt worden, die Verwaltung würde die Ortsräte bei der Kalkulation unterstützen. Man werde den anderen Projekten zustimmen. Man wolle jedoch ein Zeichen setzten und betonen, dass das Hilbringer Projekt möglich sei.

Der Vorsitzende erklärt, man habe zugesagt, das auch zu machen. Er erinnert jedoch auch an die Entwicklung der Idee. Man habe die 50.000 Euro eingestellt, um kleinere Projekte zur fördern, und es seien auch verschiedene kleinere Projekte eingereicht worden. Es sei aber auch gesagt worden, man versuche Fördergelder zu generieren, und stelle für größere Projekte weitere Gelder zur Verfügung. Man habe als Verwaltung immer wieder darauf hinge-

wiesen, dass die Grundlage sei, dass ein Projektantrag eingereicht werden solle. Mit diesem Antrag habe die Verwaltung auch die Möglichkeit, sich um Fördergelder zu bemühen. Die von Hilbringen eingebrachten Unterlagen ermöglichten es bis jetzt nicht, mit dem Ministerium intensivere Gespräche zu führen. Man müsse im Stadtrat an 17 Stadtteile denken und alle berücksichtigen. Man habe immer gesagt, man bitte die Ortsräte Projektanträge mit den entsprechenden Unterlagen einzureichen, mit denen die Verwaltung Fördergelder generieren könne. Dies werde man auch perspektivisch zusagen.

Ressortleiter Bies pflichtet dem Gesagten bei. Wenn Projektanträge gestellt würden, so könne dies nur auf Basis von vorliegenden Planungen geschehen. Das sei hier nicht der Fall. Es seien kleinere Projekte beabsichtigt gewesen. Bis 5.000 Euro sei der Verwaltungsaufwand zur Einforderung von Fördermitteln wesentlich höher, als das, was man dann als Fördermittel erhalte. Ob es um 5.000 Euro oder 500.000 Euro für Förderprojekte gehe, der Verwaltungsaufwand sei gleich. Weiterhin habe Herr Weiten angesprochen, die Verwaltung habe zugesagt, die Ortsräte bei der Berechnung der Kosten zu unterstützen. Dem sei nicht so. Er habe in der letzten Sitzung gesagt, dass man ausnahmsweise in Hilbringen Kollegen aus dem Tiefbau rausgeschickt und eine Kalkulation berechnet habe. Weil dies ein kompliziertes Projekt sei. Alle anderen Stadtteile, die etwas eingereicht hätten, hätten das selbst gemacht. Einzelne Stadtteile hätten im Vorfeld auch selbst unverbindliche Gespräche mit dem Umweltministerium geführt, das dann gegebenenfalls für Fördermittel zuständig sein. Die eingereichten Unterlagen zum Projekt in Hilbringen hätten nicht den festgelegten Anforderungen entsprochen. Daher habe man aus Kulanz die Kosten seitens der Bauverwaltung errechnet.

Fraktionsvorsitzende Holzner (SPD) bestätige, niemand wolle einen Stadtteil unberücksichtigt lassen. Man habe alle eingereichten Projektideen genau angeschaut und überprüft, was im Moment umsetzbar sei. Es sei gemeinsam beraten und beschlossen worden. Sie finde es schade, dass nun eine solche Diskussion entbrenne und möglicherweise der Eindruck entstehen könnte, dass Hilbringen nicht berücksichtigt werde. Das sei nicht der Fall. Es sei gesagt worden, sobald die Unterlagen vorlägen und der Ortsrat nochmals einen Beschluss gefasst habe, würde das Projekt natürlich im nächsten Jahr erneut betrachtet und mit in die Planung einbezogen. Das sei der richtige Weg. Alle Ortsteile hätten über den Ortsrat geprüft, wie es funktionieren könne. Diese Aufgabe habe nun auch der Ortsrat Hilbringen.

Fraktionsvorsitzender Auweiler (CDU) unterstreicht die Aussage, dass man festgelegt habe, es ginge hier um kleinere Projekte. An Herrn Hackenberger gerichtet erklärt er, dass man seit Jahren mehrere Millionenbeträge in die Ortsteile investiere. Hier ginge es um kleinere Projekte, die mitentwickelt und mitbesprochen werden könnten. Zu den Aussagen des Redners der Grünen-Fraktion erklärt Herr Auweiler, er habe dafür geworben, dass man wie im Hauptausschuss die Ortsteile einstimmig unterstütze. Bezüglich des Projekts in Hilbringen habe er ein Problem damit, dass einzelne Vertreter des Ortsrates Ergänzungen in den Ausschüssen mit einbringen wollten, wenn der Ortsrat Hilbringen einen Beschluss mit auf den Weg gebracht habe. Man unterstütze alle Ortsteile. Bringe der Ortsrat Hilbringen das Projekt gemeinsam auf den Weg, werde man dies positiv begleiten. Es wäre aus seiner Sicht im Sinne der Gleichberechtigung unzweckmäßig, nun im Vorgriff auf das nächste Jahr bereits Planungen zu machen. Er bitte darum, dass man dieses Projekt nicht zerrede.

Stadtratsmitglied Spanier (DIE LINKE) bezieht sich auf den Hinweis, es seien nicht alle Projektanträge vollständig gewesen. Daher wolle sie gerne anregen, dass man vielleicht ein

Formblatt zur Verfügung stellen könne, in dem dann die Kategorien mit Abfragen der notwendigen Informationen enthalten seien. So wäre es für die Ortsräte leichter, der Verwaltung die Informationen zukommen zu lassen, die benötigt würden.

Der Vorsitzende betont, man habe umfangreich unterstützt. So habe man beispielsweise in der Ortsvorsteherdienstbesprechung informiert und diese Informationen den Ortsvorstehern auch schriftlich zukommen lassen. Ebenso habe man bei Rückfragen mit Rat und Tat zur Seite gestanden. Herr Bies und er seien auch von verschiedenen Ortsvorstehern angesprochen worden. Man habe geholfen und sage dies auch für die Zukunft zu.

Stadtratsmitglied Weiten (Grüne) dankt den beiden großen Fraktionen für die Unterstützung. Er hoffe, dass alle Stadtteile mitzögen und Anträge einreichen würden. Er stellt die Frage, ob die Anfragen verschiedener Ortsräte nach Zuschüssen positiv oder negativ beantwortet wurden. Beim Ortsteil Silwingen könne er sich gut vorstellen, dass dieser bezüglich Zuschüsse angefragt hätte. Dazu erbitte er eine kurze Info, ob die Voranfrage positiv oder negativ beantwortet worden sei.

Ressortleiter Bies erläutert, der Ortsrat Silwingen habe eine sehr detaillierte Planung vorgelegt. Es habe keine Vorabstimmung mit dem Umweltministerium gegeben. Seitens der Fachabteilung sei man der Meinung, da man das Projekt beurteilt habe und wisse, welche Projekte förderfähig seien, dass die grundsätzliche Förderfähigkeit gegeben sei. Ob es schließlich gefördert werde, entscheide sich immer erst beim Projektantrag. Dieser müsse die genaue Beschreibung inklusive Kostenberechnung und Ratsbeschluss enthalten. Zum anderen habe es bereits - bevor der Stadtrat das Projekt mit den 50.000 Euro pro Jahr an Fördergeldern beschlossen habe - Vorgespräche in Brotdorf gegeben mit dem zuständigen Ministerium, ob grundsätzlich eine Förderung der beiden Teilprojekte vorstellbar sei. Dies sei unter gewissen Voraussetzungen bejaht worden. Diese seien im Projektantrag, der nun anschließend formuliert werden müsse, zu beantworten. Erst dann gebe es eine verbindliche Antwort. Zumindest sei in Aussicht gestellt worden, dass eine Förderung grundsätzlich denkbar sei. Verbindliche Informationen erhielte man aber erst, wenn der Projektantrag eingereicht würde.

Fraktionsvorsitzender Borger (Grüne) hebt hervor, es gehe in keiner Weise um einen Streit. Es gehe bei dieser kleinen Summe um ein Signal in die Orte. Wenn man ein Signal in Richtung Hilbringen sende, dass dieser Ortsteil auch drankomme, sei dies gut. Man werde als Fraktion den Vorschlag befürworten. Es sei zugesagt worden, dass für die Projekte, die noch nicht mit konkreten Programmen hinterlegt seien, eine mögliche Förderung geprüft werde. Man rede dann in 2022 auch über Hilbringen.

Der Vorsitzende bestätigt, man rede auch über Hilbringen. Er bitte die Ortsvorsteher, dass Projektunterlagen eingereicht würden, die prüffähig seien. Darum habe man im Vorfeld gebeten, bei einem Projekt sei dies nicht der Fall gewesen. Er habe aber die Sorge, dass ein Projekt, das insgesamt gesehen gut sei, wegen der Frage der Bezuschussungsfähigkeit kaputt geredet werde. Im Hauptausschuss habe man zugesagt, alles zu tun, damit es in Zukunft Fördermöglichkeiten gebe.

Stadtratsmitglied Dorbach (CDU) erklärt, er werde der vorliegenden Vorlage zustimmen. Denn er halte das Projekt für richtig und wichtig. Er sehe auch keinen Widerspruch darin so abzustimmen, obwohl Hilbringen etwas anderes vorgeschlagen habe. Denn es heiße nicht,

dass ein von Hilbringen vorgeschlagenes Projekt in Zukunft nicht möglich sein werde. Zweitens wolle er betonen, dass man sich in Hilbringen Gedanken gemacht habe. Auch wenn man die Unterlagen nicht so vorgelegt habe, dass man unmittelbar damit arbeiten könne. Daher habe er die Bitte an die Verwaltung, auf die neue Ortsvorsteherin/den neuen Ortsvorsteher im neuen Jahr zuzugehen, damit man das Projekt gemeinsam weiterentwickeln könne, und somit eine mögliche Fördermöglichkeit eruiert werden könne. Es sei auch nicht so, dass man den Hals nicht vollbekomme. Es gehe darum, eine bestehende Infrastruktur wiederherzustellen und zu sanieren. Andere Projekte habe man auch bedacht, die aber in einen anderen Rahmen passten, wie z.B. in ein ILEK. Daher habe man sich bewusst für dieses Projekt entschieden.

Fraktionsvorsitzender Hackenberger (DIE LINKE) führt aus, man werde dem Vorschlag zustimmen. Es sei ein erster kleiner Schritt. Solle es ein größerer Wurf für die Ortsteile sein, müsse man größere Brötchen backen. Diesen ersten kleinen Ansatz könne man optimieren. Da habe Herr Weiten einen guten Ansatz eingebracht: Wenn man die 50.000 Euro nutze, um die Projekte zu stemmen, also über den Weg, dass man damit die 10% Eigenanteil finanziere und die übrigen 90% über Zuschüsse laufen lasse. Wenn er Herrn Bies richtig verstanden habe, machten größere Projekte auch nicht mehr Arbeit, als kleinere Projekte. Dann sollte man für die Ortsteile größere Projekte angehen.

Der Vorsitzende sagt zu, dass man das Projekt in Hilbringen, wie alle anderen Projekte auch, prüfe und im Jahr 2022 nochmals aufnehme. Verbunden mit der Hoffnung, dass dann Anträge vorlägen, die prüffähig seien.

Beschluss:

Folgende Projekte sollen durch das Programm „Stadtteilbudget zur Stärkung der Stadtteile“ 2021 mit den entsprechenden Beträgen gefördert werden:
- Besseringen: 5.000 Euro für das Anlegen eines Bouleplatzes im Teilbereich des Bürgerparks
- Brotdorf: 6.700 Euro für die Verschönerung der Pferdetränke am Ortsausgang Mettlacherstraße und den Kauf sowie die Installation einer Büchertausch-Telefonzelle
- Büdingen: 7.100 Euro für die Neugestaltung des Parkplatzes am Bürgerhaus
- Mechern: 3.250 Euro für neue Schilder
- Schwemlingen: 3.100 Euro für 4 neue Park- und Ruhebänke
- Silwingen: 17.100 Euro für die Renovierung der Bühne am Rammelfanger Platz und 200 Euro für eine historische Infotafel an der Kapelle

Der Restbetrag, der nach Umsetzung der Maßnahmen übrig ist, soll ins Folgejahr übertragen werden.

Der Beschluss steht unter der Maßgabe, dass die Verwaltung für das Hilbringer Projekt (Sanierung Weg an der „Alten Gerberei“ vorbei aus dem Dorf auf den Seitert) mit Blick auf 2022 die Förderfähigkeit beim Land prüft.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
35	0	0

7 Betrieb für innerörtliche Abwasserentsorgung

7.1 Bestellung des Abschlussprüfers für den Jahresabschluss 2021 des Betriebes für innerörtliche Abwasserentsorgung der Kreisstadt Merzig

2021/1246
ungeändert beschlossen

Beschluss:
Die Vergabe des Auftrages zur Prüfung des Jahresabschlusses des Betriebes für innerörtliche Abwasserentsorgung zum 31.12.2021 an die W+ST Publica GmbH, Saarbrücken wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
34	0	0

7.2 Aufstellung des Wirtschaftsplanes für das Wirtschaftsjahr 2022 des Betriebes für innerörtliche Abwasserentsorgung

2021/1247
ungeändert beschlossen

Stadtratsmitglied Weiten (Grüne) bringt erneut sein Anliegen vor, dass man sich in Zukunft Gedanken machen solle, wie die Eigen- und Fremdkapitalentwicklung in diesem Bereich entstehe bzw. sich entwickle. Man müsse eine andere Art der Afa, der Berechnung haben. Da es sich in diesem Jahr wieder bestätigt habe, dass der Eigenkapitalanteil sich verringere und der Fremdkapitalanteil erhöht werde. Die gesamte Infrastruktur werde so immer weniger im Besitz der Bürger sein, sondern im Besitz anderer. Man werde dem Wirtschaftsplan dennoch zustimmen, da die angeführten Investitionen notwendig und richtig seien.

Fraktionsvorsitzender Hackenberger (DIE LINKE) erklärt, dass die Fraktion DIE LINKE dem Plan nicht zustimmen werde. Die Kreditaufnahme in diesem Jahr werde 2,7 Mio. Euro sein, Ansatz für 2021 seien 4,9 Mio. Euro, Ansatz für 2022 seien 6,3 Mio. Euro. Er frage sich, wie nachfolgende Generationen diesen Schuldenberg abarbeiten sollten. Man schiebe alles in die Zukunft.

Beschluss:
Der Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2022 einschließlich der mittelfristigen Finanzplanung des Betriebes für innerörtliche Abwasserentsorgung wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
28	1	5

8 Betrieb für örtliche Abfallentsorgung

8.1 Änderung der Abfallgebührensatzung

2021/1269
ungeändert beschlossen

Stadtratsmitglied Weiten (Grüne) führt aus, er werde dem aktuellen Gebührensatz nur zustimmen, wenn man zukünftigen Entwicklungen, die für die Gebührengerechtigkeit wichtig und zurzeit erkennbar seien, gegensteuere.

Beschluss:
Die Änderung der Abfallgebührensatzung wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
32	0	2

8.2 Aufstellung des Wirtschaftsplanes für das Wirtschaftsjahr 2022

2021/1270
ungeändert beschlossen

Stadtratsmitglied Weiten (Grüne) bezieht sich auf die Thematik der Quersubventionierung. Quersubventioniert werde grundsätzlich über die Leistungsgebühren der Restabfalltonne. Diese solle auch eine lenkende Wirkung haben, was bis zu einem gewissen Grad auch richtig und wichtig sei. Es gebe Abfälle, die so quersubventioniert werden müssten, damit es einen Anreiz dafür gebe, die richtigen Entsorgungswege einzuhalten, z.B. bei Sondermüll oder Problemabfällen. Er nenne 3 Fraktionen, bei denen eine Quersubventionierung zu gewissen Teilen berechtigt sei, jedoch deren Entwicklung zu einer Verschiebung der Kosten bei der Leistungsgebühr im Verhältnis zu den eigentlichen Kosten bei der Restabfalltonne führe. So

würden beim Sperrmüll und dem Abholservice 20% der entstehenden Kosten über die Leistungsgebühr „Restabfall“ finanziert. Bei der Biotonne seien es schon 30%, und nach seiner Rechnung seien es beim Wertstoffzentrum 60%. Von den Leistungsgebühren der Restabfalltonne würden 60% für die tatsächlichen Kosten des Restabfalls verursacht. Die restlichen 40% würden zur Querfinanzierung genutzt. Dies könne er bis zu einem gewissen Grad mittragen. Seine Bitte an Ausschuss und Verwaltung sei, dass man der aktuellen Entwicklung auch wieder gegensteuere.

Beschluss:
Der Wirtschaftsplan des Betriebes für örtliche Abfallentsorgung für das Jahr 2022 wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
28	0	6

9 Wasserversorgung; Antrag der Fraktion Die LINKE

2021/1283
zur Kenntnis genommen

Der Vorsitzende erläutert die Vorlage und verweist auf die zur Verfügung gestellte Präsentation. Er begrüßt Daniel Barth, den Geschäftsführer der Stadtwerke, der als Gesprächspartner in der Sitzung zur Verfügung stehe.

Stadtratsmitglied Spanier (DIE LINKE) führt aus, dass sie bereits im vergangenen Jahr eine Anfrage an die Stadtwerke gestellt habe. Sie habe eine sehr gut recherchierte, ausführliche und informative Antwort erhalten. Sie habe den Antrag gestellt, da infolge mehrerer trockener Sommer in den Medien viel davon gesprochen worden sei, dass viele Kommunen inzwischen unter Wasserknappheit litten. Merzig sei glücklicherweise davon noch nicht betroffen, könne es aber vielleicht in Zukunft auch sein. Sie bitte darum, dass die Bevölkerung dennoch einmal im Jahr im Stadtrat darüber informiert werde, um auch für das Thema sensibilisiert zu werden.

Der Vorsitzende unterbreitet den Vorschlag, da man z.B. ein Frühwarnsystem seitens der Stadtwerke installiert habe, auf die jährliche Information im Stadtrat zu verzichten. Jedoch dann zu informieren, wenn sich abzeichne, dass es Probleme gebe. Das hätte man seitens Stadt und Stadtwerke ohnehin so gemacht. Mit Blick zu Herrn Barth könnte vielleicht einmal im Jahr seitens der Stadtwerke eine Information an die Bevölkerung rausgehen, dass es keine Probleme bezüglich der Trinkwasserversorgung gebe.

Geschäftsführer Barth ergänzt, die Trinkwassergewinnung verändere sich in längeren Zeiträumen. Von einem auf das andere Jahr sehe man kaum einen Unterschied bei den verschiedenen Faktoren, wie unter anderem den Pegelständen. Er denke auch, es sei sinnvoller einen Zeitraum zu wählen, in dem eine Veränderung der Faktoren zu erkennen sei. Aktuell werde die Studie von 1993 von allen saarländischen Wasserversorgern und den Verbänden,

dem Umweltministerium und dem LUA überarbeitet, um die Fragestellung, was an Herausforderungen in den Jahren auftreten könne, zu beantworten. Dies seien nicht nur Dürreperioden, sondern auch Starkregenereignisse, die auch Einflüsse z.B. auf die Trinkwasserqualität haben könnten. Auch das Thema der demografischen Entwicklung habe Auswirkungen auf die Infrastruktur der Wasserversorgung. All dies solle untersucht werden und es seien bis Ende 2022/ Anfang 2023 neue Erkenntnisse zu erwarten. Diese Erkenntnisse, auf die Kreisstadt Merzig runtergebrochen, könne man zum Anlass nehmen für eine Information. Dann könne man sehen, wie man in Zukunft mit dem Thema verfahre.

Fraktionsvorsitzender Borger (Grüne) bestätigt, dass der Antrag der Linken nicht unbegründet gewesen sei. Es ginge dabei nicht nur darum, ob vom Volumen her gesehen genügend Trinkwasser zur Verfügung stehe. Er habe beruflich in einer Gegend gearbeitet, in dem die Brunnen immer tiefer hätten gebohrt werden müssen, und in der große Absenktrichter entstanden seien. Das Jägersburger Moor dort sei vertrocknet. Das sei hier vor Ort noch nicht zu befürchten. Das gesamte Thema Landschaftswasserhaushalt, auch unter dem Aspekt des Klimawandels, werde in der Zukunft eine andere Rolle spielen. Es sei richtig, dass dies nicht in jährlichen Aspekten zu beurteilen sei. Es brauche andere Zeitabstände. Wichtig sei auch der Punkt der Trinkwasserqualität. Man wisse bereits jetzt, dass im Bundesgebiet überall dort, wo große Waldschäden entstanden seien, extreme Nitratschübe zu verzeichnen seien. Ebenso die Freisetzung von gebundenen Schwermetallen im Frühjahr im Waldboden, im Humus, wie Aluminium, Arsen etc. Hierzu wäre eine Information in Zukunft gut, wie sich die Prognosen im Rahmen des Klimawandels nicht nur auf Wassermenge, sondern auch auf die Wasserqualität auswirke.

Der Vorsitzende bestätigt, man werde dies aufgreifen, da es genauso wichtig sei, dass die Wasserqualität stimme. Dies werde man dann entsprechend kommunizieren.

Geschäftsführer Barth erklärt, auch bei den Stadtwerken sei das Thema Wasserqualität sehr wichtig. Es liefen entsprechende Überwachungsmaßnahmen. Derzeit könne man dort auch noch keine starken Veränderungen erkennen. Das Thema werde kommen und ebenso ein Punkt in der eben angesprochenen Studie sein. Herr Barth weist darauf hin, dass auf der Website der Stadtwerke eine Broschüre zur Trinkwasserversorgung der Kreisstadt Merzig mit weitgehenden Informationen abrufbar sei.

Fraktionsvorsitzender Morbe (Freie Wähler Merzig/FDP) führt aus, ihm sei beim Sichten der Unterlagen die Tabelle „Seffersbach 3“ aufgefallen. Dort gebe es erhebliche Unterschiede in den Pegelständen. Die maximale Absenkungslinie laufe über den Pegelstand hinaus.

Geschäftsführer Barth erläutert, diese Bohrung sei die komplizierteste und schwerste Bohrung. Diese habe einen relativ schwachen Zufluss. Der umgebende Hochwasserleiter habe einen hohen Widerstand. Im angesprochenen Jahr 2017 sei noch eine alte Pumpe dort installiert gewesen. Beim Anschalten sauge diese das Bohrloch sehr stark ab. Daher sinke der Pegelstand stark nach unten. Da man das erkannt habe, sei das Bild in den beiden Folgejahren schon besser. Man habe dort einen FU-Schalter eingebaut. Das Jahr 2020 bitte er in der Betrachtung außen vor zu lassen, da man in diesem Jahr verschiedene Maßnahmen zur Untersuchung der Bohrung durchführen musste. Daher sei es zu einem Volllaufen des Bohrlochs und einem hohen Pegelstand gekommen. Die Situation an dieser Bohrung sei bekannt

und nicht außergewöhnlich. Alle übrigen Pegelstände seien relativ konstant und immer deutlich über der maximal genehmigten Absenkung.

Fraktionsvorsitzender Morbe (Freie Wähler Merzig/FDP) fragt weiter, wo die angesprochene Bohrung sich befinde.
Geschäftsführer Barth erläutert, diese seien auf der ersten Folie ausgewiesen. Die Bohrung sei zwischen Brotdorf und Losheim im Seffersbachtal.

Stadtratsmitglied Temmes (Grüne) pflichtet den Informationen von Herrn Barth bei und lobt die Vorlagen der Stadtwerke.

Stadtratsmitglied Schuh (Freie Wähler Merzig/FDP) dankt Frau Spanier für den Antrag und Herrn Barth für die Darstellungen und Absichten bezüglich der Wasserqualität und -menge. Die Versorgung mit Trinkwasser sei bei den Stadtwerken in sehr guten Händen.

Stadtratsmitglied Weiten (Grüne) sieht es sehr positiv, dass man in Merzig eine kommunale Versorgung habe, die nicht im privaten Bereich angesiedelt sei. Ebenso positiv sehe er die personelle Besetzung, insbesondere Herrn Barth. Hier sei bei der Versorgung Nachhaltigkeit gefragt. Sein Vorschlag sei, wenn nicht wie im Antrag gefordert einmal im Jahr, dann doch einmal in einer Legislaturperiode einen Bericht zu erstellen, in dem Veränderungen erkennbar seien. Ausnahmen wären natürlich, wenn Probleme bestünden, z.B. mit der Wasserqualität. Daher sei seine Bitte an die Stadtverwaltung und die Stadtwerke, unverzüglich zu informieren, sobald Bedarf bestehe. Generell sei die Sensibilisierung für das Thema wichtig, was im Rahmen dieses Berichts machbar wäre - regelmäßig, aber in einem längeren Zeitraum als im Antrag genannt.

Stadtratsmitglied Spanier (DIE LINKE) greift den Vorschlag des Vorsitzenden auf, dass man zu diesem Thema eine Pressemitteilung rausgeben könne. Damit wäre sie einverstanden. Es bedürfe nicht einer Information jedes Jahr im Stadtrat. Wichtig sei, dass die Information an die Bevölkerung gehe, da es um die Sensibilisierung gehe. Es sei ein wichtiges Thema. Sie fände es gut, wenn man einmal jährlich in der Presse oder im „Neues aus Merzig“ eine kurze Information zu diesem Thema veröffentlichen könne. Dabei würden die wichtigsten Informationen ausreichen: dass die Wasserversorgung sichergestellt sei, dass die Wasserqualität in Ordnung sei, vielleicht kombiniert mit Verhaltenstipps, wie man richtig und ressourcenschonend mit Wasser umgehen könne. Dies könnte beispielsweise eine Themenseite sein.

Geschäftsführer Barth führt hierzu aus, gerade was für die Bevölkerung wichtig sei an Information habe man im vergangenen Jahr zu erfassen versucht. Man habe Anfang des Jahres einen „Bürgertalk“ mit freiwilligen Teilnehmern aus der Bevölkerung organisiert, um dann eine Marktforschung anzugehen. Ziel sei es gewesen, die Informationen herauszuarbeiten, die die Bürger in Bezug auf die Stadtwerke gerne hätten. Die Themen Wasserversorgung und Wasserqualität hätten sich dabei als zentral herausgebildet. Das sei dann auch der Grund gewesen, um das Thema in Zukunft mehr in die Öffentlichkeit zu bringen. Der erste Ansatz sei die Überarbeitung der Broschüre über die Wasserversorgung gewesen. Im dritten Dürresommer 2020 habe die Saarbrücker Zeitung auch hierzu Informationen angefragt und in einem großen Artikel ausführlich behandelt. Durch die genehmigten Wasserverbräuche und Fördermöglichkeiten in Merzig habe man insgesamt ein Wasserangebot von 3,5 Mio. Kubikmeter. Der Verbrauch in Merzig liege bei etwa 1,7 Mio. Kubikmetern, sei in den vergangenen

Jahren eher rückläufig gewesen. Das Thema „nachhaltiger Umgang“, „Wasser sparen“ habe Wirkung gezeigt. Derzeit habe man also kein Problem mit der Wassermenge. Neben den Bohrungen im Seffersbachtal und anderen Stellen habe man auch noch die Quelle Heimlingen. Das sei der Ursprung der Wasserversorgung in Merzig. Dort habe man nur die Hälfte der möglichen Fördermenge genehmigt. Aber die komplette Fördermenge dort würde ausreichen, um den kompletten Verbrauch von Merzig zu decken.

Fraktionsvorsitzender Borger (Grüne) regt ergänzend an, dass man in den Bürgerinformation auch mal einen Brunnen zeigen könne, z.B. einmal pro Jahr eine Wassergewinnungsanlage. Dazu könne er sich Informationen zum Wassereinzugsgebiet vorstellen. So könne man dies nutzen, um die Trinkwasserversorgung in Merzig noch transparenter zu machen, als es die Stadtwerke ohnehin schon machten.

Geschäftsführer Barth erklärt, dies sei schon Gegenstand der Informationen. Man biete jedes Jahr Schulen im Rahmen von Wandertagen oder Exkursionen an, die Wasserversorgung der Stadtwerke zu besichtigen. Es werde unterschiedlich stark von den Schulen wahrgenommen, aber es kämen immer wieder Anfragen. In diesem Rahmen könnten sich die Schulen auch die Anlagen vor Ort ansehen.

Der Vorsitzende fasst zusammen, dass man diese Anregungen mitnehme und insgesamt nicht jedes Jahr über dieses Thema informiere, da sich viel wiederholen würde. Man würde dann nur nach Anlass die Bevölkerung und den Stadtrat informieren. Generell würde man einmal pro Legislaturperiode berichten.

---

10 **Anpassung Radverkehrskonzept der Stadt Merzig; Antrag B90/Die Grünen vom 18.10.2021** **2021/1240**
ungeändert beschlossen

Fraktionsvorsitzender Borger (Grüne) betont, man habe dem Radverkehrskonzept zugestimmt. Es sei eine sehr gute Arbeit von R&T gewesen. Die Grünen-Fraktion habe jedoch noch bei einigen Punkten nachgehakt. Was womöglich an der Definition von Priorität für die Grünen liege. Dies bedeute nicht nur, ob eine Straße für den Radverkehr nutzbar sei oder nicht, sondern auch, ob diese sicher nutzbar sei. Gerade die Strecke von Merzig nach Hilbringen und umgekehrt habe einige lebensgefährliche Abschnitte. Darüber gehe die Stadt mit dem LfS in intensive Gespräche, damit die Hindernisse auf den Fahrradwegen abgeschafft würden. Das hätten die Grünen als hohe Priorität betrachtet und nicht die Kategorisierung des Planungsbüros. Weiterhin rege man das Anlegen von Fahrradstraßen an, was die Stadt in ihrer Vorlage aufgegriffen habe. Den Rotensteiner Weg habe man als Fahrradstraße mit unterstützt. Man habe eine Möglichkeit nutzen wollen, um in Hilbringen sehr risikoträchtige Fahrradwege zu optimieren, indem man dort eine Fahrradstraße angelegt hätte. Ohne, dass es großer baulicher oder sonstiger Maßnahmen bedurft hätte.

Stadtratsmitglied Weiten (Grüne) bezieht sich auf den letzten Punkt, den die Verwaltung zurzeit als nicht-zielführend betrachte. Das seien die Vorschläge der Grünen zu Radstraßen in Hilbringen. Dies sehe er nicht als Vorteil nur für Hilbringen. Hilbringen sei ein wichtiger Knotenpunkt, z.B. für Mechern, Mondorf oder Silwingen. Natürlich gebe es einen Weg an der Saar entlang. Wenn man jedoch die Querverbindung Richtung Schwemlingen betrachte,

so habe man immer die Problematik der Mecherner Straße. Beide Richtungen seien hier problematisch zu entlasten. Es habe eine Änderung gegeben mit eingeschränktem Parken. Dies sei sinnvoll, sorge aber nicht dafür, dass die Gefährdung für Radfahrer nicht mehr bestehe. Gleiches gelte in der Rehstraße in der Verlängerung nach Ballern. In Hilbringen und Ballern entstehe ein Fahrradstreifen, jedoch nicht auf dem Zwischenstück. Wobei es ein Verkehrsbereich sei, in dem Fahrradstreifen nicht angelegt werden könnten. Man könnte zwar einen Fahrradweg gestalten, jedoch sei unklar, inwieweit das LfU das befürworte. Jetzt sei es so, dass ein Radfahrer nicht wisse, wenn er von Ballern nach Hilbringen fahre, wie er sich richtig verhalten solle. Es gebe eher keine Probleme mit den Anwohnern der Straße. Es sei daher schade, dass die Stadt eine einfache Regelung mit Verkehrsschildern nicht in Betracht ziehe. Es seien bis auf eine kleine Ausnahme an der Monbach alles befestigte Straßen. Dass die Verwaltung sage, diese reine Beschilderung sei nicht zielführend, habe ihn irritiert.

Der Vorsitzende erwidert, man habe mit Vertretern des Stadtrates und allen Bürgerinnen und Bürgern, die sich dafür interessiert hätten, sehr umfangreich ein Radverkehrskonzept ausgearbeitet. Viele hätten die Bürgerinformationsveranstaltung genutzt. Das Konzept sei auf breiter Ebene mit der Bevölkerung aufgestellt worden. Es sei gelobt, nicht kritisiert worden. Die von Herrn Weiten angesprochenen Punkte wären daher am besten im Vorfeld der Entwicklung eines solchen Konzeptes angesprochen worden. Dann hätte es die Möglichkeit gegeben, diese auch umzusetzen. Man könne immer über Punkte reden. Aber er mache den Vorschlag, auf Grundlage dessen, was von einem renommierten Gutachter ausgearbeitet worden sei, die Punkte anzugehen und umzusetzen. Jedoch solle man nicht einzelne Punkte herausheben oder nochmals verändern. Dadurch stelle man das ganze Gutachten wieder in Frage. Man solle gemeinsam daran arbeiten, so wie es auch entstanden sei.

Ressortleiter Bies bestätigt die Aussage von Herrn Borger, die Aufgabe des Büros sei die fachliche Priorisierung anhand von Kriterien gewesen. Man habe bewusst Büros angeschrieben, die den Blick von außen auf die Situation richteten. Diese Priorisierung müsse nicht deckungsgleich sein mit einer Priorisierung der Wichtigkeit oder strategischen Überlegungen der Stadtpolitik. Hier habe der Stadtrat die Möglichkeit, eine Priorisierungsliste aufzustellen. Das sei für Anfang des kommenden Jahres angekündigt. Im Prinzip sei noch offen, welche Projekte umgesetzt würden. Weiterhin sei es ein lebendiges Konzept, das sich über die kommenden Jahre verändern werde. Es würden vertieft Untersuchungen vorgenommen, man werde Projekte noch detaillierter ausgestalten. Zudem würden sich Veränderungen dann ergeben, wenn sich etwas am Verkehrssystem ändere. Man habe hier eine sehr gute Grundlage, die beste, die es bisher zum Thema Radverkehr gegeben habe. Man gehe nun Schritt für Schritt vor.

Stadtratsmitglied Dyck (SPD) bestätigt, man habe mit der AG Rad ein tolles Gremium mit Fachleuten und leidenschaftlichen Radfahrern. Er unterstütze das vom Vorsitzenden und Herrn Bies Gesagte, dass man mit diesem Gremium gut aufgestellt sei, gemeinsam zu entscheiden, wie man die Mängel priorisiere, die man beheben wolle, und gemeinsam Merzig zu einer besseren Fahrradstadt zu machen.

Fraktionsvorsitzender Borger (Grüne) führt aus, man habe genau die beantragten Dinge vorgebracht im Beteiligungsprozess bei der Veranstaltung im Bürgerhaus in Besseringen. Herr Weiten habe das Büro R&T angeschrieben, ebenso wie er selbst. Man habe keine Rückmeldung erhalten. Dann sei die Vorlage gekommen, in der diese Punkte nicht berücksichtigt

worden seien. Daher sei es gut, dass man den Prozess weiter begleite. Für ihn sei zunächst wichtig, dass man die Hindernisse auf den Wegen zwischen Merzig und Hilbringen beidseitig beseitige. Dann im zweiten Schritt könne man vielleicht das Thema der Fahrradstraßen erneut prüfen. Es sei gut, wenn das Konzept ein ergebnisoffener Prozess sei.

Fraktionsvorsitzender Hackenberger (DIE LINKE) schließt sich den Worten von Herrn Dyck an. Man sei dafür, das Konzept so zu belassen, wie es ist. Es sei ein lebendiger Prozess, den man fortlaufen lasse.

Stadtratsmitglied Weiten (Grüne) stimmt allen Vorrednern zu, weist jedoch auch darauf hin, dass seit 2019 stetig Informationen und Anregungen seitens der Fraktion Die Grünen und von Einzelpersonen oder seitens des Ortsrates vorgebracht worden seien. Dies sei also nichts Neues und hätte von R&T von Anfang an aufgegriffen werden können. Die Vorschläge seien schon länger bekannt.

Der Vorsitzende antwortet, vielleicht gebe es auch Gründe, warum die Punkte im Konzept nicht aufgenommen worden seien. Das müsse man beim Planungsbüro erfragen. Bisher habe man sehr positive Erfahrungen gemacht und es seien die Punkte aufgenommen worden, die man vorgetragen habe. Es sei ein lebendiger Prozess. Daher schlage er vor, dass der Stadtrat den vom Ausschuss gefassten Beschluss bekräftige. Alle heute und im Weiteren genannten Punkte werde man in der AG Rad aufgreifen.

Fraktionsvorsitzender Morbe (Freie Wähler Merzig/ FDP) befürwortet das Radverkehrskonzept, wünscht sich jedoch, dass man nun eine Priorisierung dahingehend vornehme, wo man mit der Umsetzung beginne. Er habe erlebt, dass niemand auf der rechten Seite der Hilbringer Brücke fahre, da dies zu umständlich sei. Auf der linken Seite sei anstelle des ehemaligen Zebrastreifens noch immer keine Lösung gefunden. Dies sei Sache des Kreises, aber man müsse das Problem dort lösen. Daher müsse man eine Priorisierung des Konzepts vornehmen, wo man mit der Umsetzung beginne.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass diesen Beschluss der Stadtrat gefasst habe. Deshalb habe man von Anfang an darauf hingearbeitet, dass Stadtrat und interessierte Bürgerinnen und Bürger gemeinsam eine Priorisierung vornähmen. In einer der letzten Sitzungen habe man den Beschluss gefasst und wolle die Priorisierung nun gemeinsam angehen. Für Anfang des Jahres 2022 sei der erste Termin vorgesehen. Den aktuellen Antrag werde man aufnehmen, um in der Priorisierungsgruppe darüber zu reden.

Beschluss:

Es wird beschlossen:

1. Die Priorisierung des Abschnitts Merzigerstraße ist aus fachlicher Sicht nicht notwendig.
2. Die Verwaltung wird damit beauftragt zusammen mit dem LFS Planungsvorschläge zur Beseitigung der Hindernisse auf dem Streckenabschnitt zu erstellen.
3. Die Errichtung einer Fahrradstraße im Mellinger Feld und in der Hilbringerstraße/Rehstraße ist derzeit nicht zielführend.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
32	0	0

11 Mitteilungen, Anfragen und Anregungen

Der Vorsitzende teilt Folgendes mit: „Mit Schreiben vom 8. Dezember 2021 teilt das Ministerium für Inneres, Bauen und Sport mit, dass sich die im Vergabeerlass festgesetzten Wertgrenzen, zuletzt befristet bis zum 31.12.2021, bis zum 30.06.2022 verlängern."

Stadtratsmitglied Weiten (Grüne) fragt nach, ob die Anträge zu Punkt 9 und 10 zurückgezogen worden seien. Man habe über diese ja nicht abgestimmt. Man habe sich zwar auf das weitere Vorgehen geeinigt, aber über die Punkte, die als Anträge eingereicht worden seien, nicht abgestimmt.

Der Vorsitzenden erläutert, dass bei Punkt 9, dem Antrag der Fraktion DIE LINKE eine Information gewünscht worden sei. Diese habe man gegeben. Zur jährlichen Information habe man Einvernehmen hergestellt, indem man eine Pressemitteilung jährlich herausgibt und einmal in der Legislaturperiode im Stadtrat informiert werde. Über den Punkt 10 sei im Fachausschuss gesprochen worden. Es habe einen Beschlussvorschlag gegeben, dem im Ausschuss zugestimmt worden sei. Das sei so auch jetzt im Stadtrat so passiert.

Fraktionsvorsitzender Hackenberger (DIE LINKE) fragt an, ob die Verwaltungsspitze die Anwesenden in einer geschlossenen Runde über das Haus Sonnenwald informieren könne.

Der Vorsitzende sagt zu, dies zu tun.

Stadtratsmitglied Temmes (Grüne) berichtet, in der Straße „Im Saum" in Besseringen sei auf Höhe des Hauses Nr. 6 ein Schacht, um den herum sehr tiefe Wasserlöcher seien. Das Wasser bleibe selbst bei schwachem Regen dort stehen. Er bitte darum, den Sachstand kurzfristig zu regulieren. In der Straße „Am Bausgarten" sei eine ähnliche Situation gewesen. Dort sei nach Regen ein großes Loch entstanden. Der Busverkehr habe dort eine Umleitung fahren müssen.

Der Vorsitzende sagt zu, dass man sich dies anschaue.

Stadtratsmitglied Weiten (Grüne) fragt zum neuen Landstrom-Programm der Stadtwerke, wie die Entwicklung sei, wo der Strom herkomme und wie der Strombedarf gedeckt werde, wenn dieser über die eingebundenen Anlagen nicht gedeckt werden könne.

Geschäftsführer Barth erläutert, das Merziger Landstrom-Programm sei ein regionales Ökostromprodukt mit der Zusatzzertifizierung, dass es sich um Strom aus der hiesigen Region handle. „Region“ sei in den Zertifizierungsvorgaben mit 50 Kilometer Radius um die Verbrauchsstelle herum definiert. Im Merziger Landstrom würden folgende Stromarten eingesetzt: Strom aus den Stadtwerken eigenen erneuerbaren Anlagen oder aus der Tochtergesellschaft Windenergie Merzig GmbH und von Partnern. Der Strom stamme aus den beiden Windparks Silwingen/Büdingen und Merchingen II, aus dem Windpark Merchingen I, aus der PV-Freiflächenanlage auf der Deponie Fitten, aus dem Bioerdgas-BHKW an der Laurentiushöhe. Ein Backup werde als Grundlast über die Staustufe Mettlach sichergestellt. Dieser gesamte Strom sei über einen Herkunftsnachweis und durch den Ökostromnachweis zu zertifizieren. Der so erzeugte Strom ohne die Staustufe Mettlach sei übers Jahr bilanziert mehr in der Erzeugung, als der gesamte Haushaltskundenbedarf aller Verbraucher in Merzig. Das Produkt Merziger Landstrom richte sich an Haushalte, nicht an Industriebtriebe oder Großgewerbetreibende.

Fraktionsvorsitzender Borger (Grüne) weist darauf hin, dass in Hilbringen am Zebrastreifen bei Regen noch immer große Pfützen stünden. Er bitte, dies an den LfS weiterzugeben.

Stadtratsmitglied Biermann (CDU) informiert darüber, dass auf der Straße von Besseringen kommend Richtung Stadt Merzig der Bahnzaun fast auf der Straße liege und völlig überwuchert sei. Egal wem das Stück gehöre, man müsste auf jeden Fall die Verkehrssicherheit wiederherstellen.